Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936
1933

46 (23.2.1933)

Visual Library

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steindruckerei R. Barth-Ettlingen Kronenstraße 26. Fernruf 78. Postscheckkonto 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politischen Teil Erich Pabel-Rastatt für den lokalen und Inseraten-Teil R. Barth-Ettlingen Druck: K. & H. Greiser, GmbH., Rastatt, Kaiserstr. 40/42. Anzeigenannahmeschluß: 9 Uhr, dringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.60 RM; zuzügl. Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.60 RM Einzelnummer 10 Pfg. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteten oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Mts. auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Reichspfennig. Sammelanzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig. Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 46 | **Donnerstag, den 23. Februar 1933** | **Jahrgang 70**

Reichshaushaltsplan Ende März zu erwarten

Die Reorganisation des Krankenkassenwesens

Berlin, 23. Febr. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung vorwiegend mit finanziellen Fragen beschäftigt. Die am Dienstag getroffenen Beschlüsse zur Bereitstellung von 30 Millionen für den Mittelstand und die Weiterzahlung von Beihilfen für den Erzbergbau belasten die Reichskassen nicht unerheblich und die Beratungen drehen sich jetzt darum,

wie für diese Ausgaben die Deckung zu schaffen ist

Dabei stoßen naturgemäß die Besprechungen in das Gebiet des Reichshaushaltsplans. Der Reichsfinanzminister hat vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß der Reichshaushalt nicht eher fest umrissen werden könne, bis die Höhe der zu erwartenden Steuereingänge einigermaßen sicher geschätzt und auch die Bewegung der Arbeitslosenziffer übersehen werden kann. Der Höchststand der Arbeitslosenarmee dürfte Ende dieser Woche oder spätestens Anfang des nächsten Monats erreicht werden, so daß die Regierung in dieser Frage sichere Schlüsse bereits Mitte März wird ziehen können. Bis dahin dürften auch die Steuereingänge zu übersehen sein, so daß etwa Ende März mit der endgültigen Aufstellung des Haushaltsplanes 1933-34 gerechnet werden kann.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist ein genauer Termin für die

Reorganisation des Krankenkassenwesens

noch nicht festgesetzt, doch ist mit der Einsetzung eines Reichskommissars für das Krankenkassenwesen der erste Schritt bereits getan worden. Von nationalsozialistischer Seite wird vor allem die Forderung aufgestellt, daß eine

Einschränkung des übersetzten Verwaltungsapparates

der Krankenkassen erfolgen muß. In dieser Hinsicht sind sowohl in der gesamten Oeffentlichkeit wie auch in allen Regierungsstellen alle Stimmen einig und man wundert sich, daß auf diesem Gebiet nicht schon lange etwas getan wurde. Hier ist eine wirklich durchgreifende Reorganisation direkt dringend. Die Regierung hofft, daß nach der erfolgten Vereinfachung der Verwaltung die Krankenscheingebühr dann ganz fallengelassen werden kann.

Das Reichskabinett trat gestern vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk eingehenden Bericht über die Finanzlage des Reiches erstattete.

Kein Abbau von hohen Gehältern in der Privatwirtschaft beabsichtigt

Berlin, 23. Februar. „Der Angriff" bringt gestern eine Notiz über beabsichtigten Abbau der Gehälter der Direktoren und der anderen leitenden Angestellten in subventionierten Betrieben. Durch diese Notiz ist die Befürchtung hervorgerufen worden, daß auch die Gehälter leitender Angestellter in der Privatwirtschaft, die sich über 12 000 Mark bewegen, abgebaut werden sollen. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß dies keineswegs in Frage kommt. Der beabsichtigte Abbau beruhe auf der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 zur Belebung der Wirtschaft, in dem ausdrücklich bestimmt worden ist, daß nur die hohen Gehälter der Direktoren und der leitenden Angestellten in subventionierten Betrieben abgebaut werden sollen.

Einstellungsprämien für die Landwirtschaft?

Berlin, 23. Februar. Gestern sprach am Rundfunk der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium von Rohr-Demmin über die Bauernpolitik der Regierung. Er führte einleitend aus, daß die Regierung die Rettung des Bauern und die Rettung des Arbeiters gleichberechtigt nebeneinander gestellt habe. Auf dem Gebiete der Bauernpolitik seien zunächst einige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Dazu gehöre u. a. die Zuendeführung der Umschuldung, und zwar nicht nur im Gebiet der Osthilfe, sondern auch darüber hinaus. Die Umschuldung sei im übrigen keine Bereicherung des Besitzers, sondern eine Auszahlung an die Gläubiger. von Rohr kündigte hierauf an, daß noch in dieser Woche die Möglichkeit geschaffen würde,

dem Bauern, der eine zusätzliche Arbeitskraft einstelle, einen Barbetrag auszuzahlen, der dem entspreche, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen oder Wohlfahrtsempfänger aufzuwenden hätte.

Das, sowie der Vollstreckungsschutz und die Hopfenanbauregelung diene aber schließlich nur dazu, die Landwirtschaft vor weiterem Absturz zu bewahren. Der fundamentale Irrtum, mit dem es aufzuräumen gelte, sei, daß Deutschland an einer Ueberproduktion leide. Es bestehe vielmehr nur eine ungesunde Fehlproduktion. Wenn die Versorgung mit Gemüse, Obst, Eiern, Fasern und Wolle zum großen Teil auf der Auslandeinfuhr beruhe, so komme man zu dem Ergebnis, daß die Produktionsmöglichkeit für die deutsche Landwirtschaft ungeheuer sei. Es sei nicht wahr, daß in Deutschland keine Arbeit sei. Die Scholle, die ein Volk nie verläßt, biete sie an. Es komme nur darauf an, daß das deutsche Volk dies erkenne. Aus dieser Lage ergebe sich die Richtung der Politik. Das Mittel, mit dem sie zu führen sei, sei die Preisgestaltung. Die bisherige Preisgestaltung, die, vom Landwirt aus gesehen, das Getreide, vom Städter aus gesehen, die Auslandsware begünstige, trage die Hauptschuld an der Fehlproduktion. Wenn man die Preise für diejenigen landwirtschaftlichen Waren, an denen es in Deutschland fehle, so gestalte,

daß die Landwirtschaft ihre Rechnung finde, und der Städter zur Bevorzugung der deutschen Waren veranlaßt werde,

greife ein gesunder Ausgleich Platz. Aus diesem Grunde sei jede sich bietende Gelegenheit benutzt worden, um von den bisherigen niedrigen Zöllen loszukommen. Aber auch über den reinen Zollzwang hinaus würde versucht werden, die deutschen Waren an die Stelle der ausländischen zu setzen. Z. B. würden die Stoffe, die von der Reichswehr, der Schutzpolizei, der Reichbahn und der Post getragen werden, eine starke Beimischung deutscher Wolle erhalten. Von der Lederindustrie werde erwartet, daß sie deutsche Häute, von der Leinenindustrie, daß sie deutsche Fasern, von der Papierindustrie, daß sie deutsche Zellulose, von der Seifenindustrie, daß sie deutsche Fette verwende. Wo der Weg der Freiwilligkeit nicht genüge, werde die nationale Regierung zum staatlichen Zwang greifen. Sehr störend sei es, daß eine Fülle von Zollbindungen hätte übernommen werden müssen, u. a. **das Butterkontingent, das bis November gebunden sei.**

Es würden also außerordentliche Maßnahmen getroffen werden, um den durch das Butterkontingent eingetretenen Druck auf die Milchpreise auf andere Weise auszugleichen. Dem Landmann werde geraten, den Bau eigener Futtermittel nachhaltig zu verstärken, da die nationale Regierung, sobald die Preise für Milch, Eier und sonstige Veredelungsprodukte in Ordnung seien, die Einfuhr ausländischer Futtermittel in dem bisherigen Ausmaße nicht mehr zulassen werde. Der Städter möge nun fragen, wie sich das mit unserer Not vertrage. Jedes Land habe einen für seine Verhältnisse gegebenen Preis. Z. B. russische Preise seien nur möglich aufgrund russischer Zustände. Die Forderung nach Weltmarktpreisen führe auf einen Weg, der die Arbeit des eigenen Marktes zum Erliegen bringe. Bei der künstlichen Arbeitsbeschaffung würden die Mittel dafür irgendwo anders fortgenommen. Nehme man aber dem deutschen Bauer die Lebensmittel ab, anstatt dem ausländischen, so entstehe neue zusätzliche Kaufkraft in Deutschland. Das sei der Grund, warum die Ankurbelung der Wirtschaft vom Lande her alle anderen Ankurbelungsv[illegible] rtreffe.

In wenigen Worten

Die Reichsregierung dementiert alle Gerüchte über einen beabsichtigten Gehaltsabbau der Beamten und warnt dringend, solche Gerüchte weiter zu verbreiten, da sie mit den schärfsten Mitteln gegen die jeweiligen Verbreiter vorzugehen beabsichtigt.

*

Wie verlautet, ist die Ernennung der deutschen Militärattachees für eine Reihe fremder Staaten für Anfang März zu erwarten. Ueber die seinerzeit bereits genannten Militär-Attachee- und Marineattacheeposten hinaus dürften voraussichtlich noch für einige weitere Hauptstädte Attachees ernannt werden. So ist u. a. für Wien Generalleutnant Muff in Aussicht genommen.

*

Wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, ist Generalleutnant Muff zum deutschen Militärattaché in Wien ernannt worden.

*

Wie aus dem Vatikan verlautet, wird Papst Pius XI. selbst an den für das Heilige Jahr vorgeschriebenen Besuchen der Hauptbasiliken Roms teilnehmen. Es ist anzunehmen, daß der Papst mehrmals die Peterskirche betreten wird, und zwar wahrscheinlich zum ersten Male am Freitag, 7. April.

Campbells Weltrekord: 440 Kilometer

Newyork, 23. Febr. Der englische Automobil-Rennfahrer Campbell durchraste am Strande von Dantona-Beach die Meilenstrecke auf der ersten Fahrt mit einem Stundenmittel von 440,245 Kilometer und erzielte für beide Fahrten (Hin- und Rückfahrt) die neue Weltrekordleistung von 437,914 Stundenkilometern. Sein alter Rekord stand auf 408,047 Stundenkilometern.

Die Leitung des Panzerkreuzers „Deutschland"

Wilhelmshaven, 23. Febr. Die Indienststellung des Panzerkreuzers „Deutschland" findet bekanntlich am 1. April in Wilhelmshaven statt. Die Marineleitung hat nun auch den Stab dieses Schiffes zusammengesetzt, und zwar Erster Offizier Korvettenkapitän Wurmbach, Artillerieoffizier Korvettenkapitän Klüber, Navigationsoffizier Kapitänleutnant Junker.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

6 047 000 Arbeitslose am 15. Februar.

Berlin, 23. Febr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Februar waren am 15. Februar bei den Arbeitsämtern rund 33 000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Die Reichszahl der Arbeitslosen an diesem Stichtag bleibt mithin mit rund 6 047 000 um rund 80 000 hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres zurück. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß innerhalb des vergangenen Jahres die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit angewachsen ist. Selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsache bleibt die geringere Zunahme gegenüber der Entwicklung im Vorjahre bemerkenswert. Seit dem tiefsten Punkt des Jahres 1932 Ende Oktober ist die Arbeitslosenzahl um rund 938 000 gestiegen, während zwischen dem tiefsten Stande des Jahres 1931, der bereits Ende Juni lag, und dem 15. Februar 1932 eine Zunahme um nicht weniger als 2 173 000 zu verzeichnen war.

Regierung mißbilligt die Krefelder Vorgänge

Strenge Untersuchung angeordnet

Berlin, 23. Febr. Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Zu den Vorgängen in Krefeld erklärt der preußische Kommissar, Reichsminister Göring, daß er infolge des Telegramms der Zentrumspartei strengste Untersuchung der Krefelder Vorgänge einleiten werde. Er habe außerdem Maßnahmen getroffen, die solche Vorfälle in Zukunft verhindern. Göring gibt der Vermutung Ausdruck, daß aufgrund vorliegenden Beweismaterials die Möglichkeit wahrscheinlich sei, daß kommunistische Provokateure in der Uniform der SA am Werke gewesen seien. Im übrigen hat Kommissar Göring an die SS und SA einen Aufruf erlassen, der sich auf die Vorfälle in Krefeld bezieht und in welchem es u. a. heißt:

„Kameraden!

Ich bitte Euch als Kamerad, der auch die schweren Jahre mit Euch gekämpft und gelitten hat, daß Ihr jetzt dem deutschen Volke beweist, daß Disziplin, Pflichtbewußtsein und Kameradschaft eine der vornehmsten Tugenden sind. Von Außen vermochte Euch kein Gegner etwas anzuhaben, jetzt versucht er, durch Spitzel und Provokateure Eure Einheit zu gefährden. Ich weiß, daß Ihr selbst die minderwertigen Elemente in Euren Reihen auffinden u. ausmerzen werdet. Denkt immer daran, daß Ihr ein Ehrenkleid tragt, das durch das Blut Eurer Kameraden geheiligt ist. Durch Disziplin **und äußerste Pflichterfüllung sollt Ihr beweisen, daß Ihr berufen seid, Deutschland zu erneuern!** Mit Hitler-Heil und Front-Heil! gez. Göring.

Aufruf Hitlers an alle Nationalsozialisten

Nationalsozialisten!

Provokatorische Elemente versuchen unter dem Deckmantel der Partei durch Störung oder Sprengung insbesondere von Zentrumsversammlungen die nationalsozialistische Bewegung zu belasten. Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen diese Absichten wenden. Der Feind, der am 5. März niedergerungen werden muß, ist der Marxismus! Auf ihn hat sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Wahlkampf zu konzentrieren.

Wenn das Zentrum in diesem Kampf durch Angriffe gegen unsere Bewegung den Marxismus unterstützt **so werde ich selbst von Fall zu Fall mich mit dem Zentrum auseinandersetzen, diese Angriffe zurückweisen und damit erledigen.**

Im übrigen: **Besucht keine gegnerischen Versammlungen, sondern sorgt dafür, daß unsere eigenen Versammlungen zu gewaltigen Kundgebungen der erwachenden Nation werden!**

Nationalsozialisten! Ihr habt seit 14 Jahren die deutsche Erhebung vorbereitet. Ihr müßt sie heute vollenden!

Berlin, 22. Februar 1933. Adolf Hitler

Die Wahlreden des Mittwochs

Berlin, 23. Febr. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden gestern abend in allen Teilen des Reiches zahlreiche Wahlreden gehalten. In Frankfurt a. M. sprach in einer Kundgebung der Eisernen Front der ehem. Reichstagspräsident Löbe. Er erklärte, die Lehre Karl Marx von der Entwicklung der Wirtschaft sei nicht auszurotten. Solange die Millionen hungernder Menschen in Deutschland nicht gesättigt seien, werde es keine Ausrottung des Glaubens an eine sozialistische Auferstehung geben.

*

In Magdeburg sprach auf einer Kundgebung der NSDAP Reichstagsabg. Frank II, der insbesondere das Verhalten der jüdischen Presse und ihre Stellungnahme zur Regierung Hitler kritisierte. Die Nationalsozialisten würden mit dieser Presse aufräumen und dafür sorgen, daß der jüdische Einfluß im deutschen Rechtswesen verschwinde.

*

In Görlitz sprach der ehemalige Reichskanzler Marx. Das Zentrum, so erklärte er, müsse flammenden Protest dagegen erheben, wenn man ihm jetzt die nationale Gesinnung abspreche. Das Zentrum werde es nie zulassen, daß in unserem Staat der Boden des Rechts und der Verfassung verlassen werde.

*

In Osnabrück sprach Prälat Kaas. Nachdem der Redner einleitend darauf hingewiesen hatte, daß der einzige Weg zur Rettung Deutschlands in einer Sammlung aller Gutwilligen bestehe, ging er u. a. sehr ausführlich auf die Frage der Tolerierung der gegenwärtigen Regierung durch das Zentrum ein. Er betonte, wenn er in Münster im Herbst vorigen Jahres den Sammlungsgedanken gefördert habe, so sei er sich darüber klar gewesen, daß es sich dabei nicht nur um eine Parole gehandelt habe, sondern daß diese Forderung Opfer bedeutet habe. Tatsächlich habe er seit Münster auf den Augenblick gewartet, in dem der Sammlungsgedanke aus seiner Problematik in die praktische Verwirklichung überführt werden könnte. Im Januar sei man aber bei der Verwirklichung buchstäblich am Zentrum vorbeigegangen. Das Zentrum habe damals bekanntlich dem Kabinett eine Reihe von Fragen vorgelegt. Daß man diese Fragen gestellt habe, sei selbstverständlich gewesen, denn man könne ja kein Kabinett tolerieren, wenn man nicht wisse, was zwischen den Regierungsführern verabredet worden sei und wohin der Weg führen solle. Diese Fragen seien nicht beantwortet worden und so stehe man wieder in einem Wahlkampf, der als überflüssig und schädlich angesehen werden müsse. Entweder werde jetzt noch nachträglich das verwirklicht, was in der jüngsten Vergangenheit gescheitert sei, nämlich die Sammlung aller Gutwilligen, oder man müsse schwarz, ja mehr als schwarz in die Zukunft sehen.

Württembergische Regierung und Minister Frick

Stuttgart, 23. Febr. Zu der fraglichen Bemerkung des Reichsinnenministers Dr. Frick in seiner Dresdner Rede haben sowohl Wirtschaftsminister Maier in Bruchsal, als auch Staatspräsident Bolz in Ebingen gestern Stellung genommen. Wirtschaftsminister Maier erklärte in einer Wählerversammlung der Staatspartei in Bruchsal u. a., die N.S.D.A.P. in Württemberg sei auf emsiger Suche nach einem Vorwand, um ein Eingreifen zu veranlassen. Die Rede des Reichsinnenministers sei der erste Wink mit dem Zaunpfahl. Ernsthaft bleibe er auch auf Rückfrage des württembergischen Ministeriums dabei, daß die Störung der Rundfunkübertragung der Hitlerrede durch einen Kommunisten in Stuttgart eine vertretbare Schuld der württembergischen Regierung bleibe. Es dürfe nicht verschwiegen werden, daß erwogen werde, **Württemberg aus Gründen der hohen Politik als erstes der süddeutschen Länder einem Akt der Willkür anheimfallen zu lassen.** Die Rede des Ministers Maier wurde verschiedentlich heftig gestört. Es kam auch zu Schlägereien, bis die Schutzpolizei eingriff. — Staatspräsident Bolz erklärte in Ebingen: Wir in Württemberg haben neun Jahre lang keine Regierung mit Marxisten gehabt. Bei uns herrschen geordnetere Verhältnisse in jeder Beziehung als anderswo. Niemand kann sagen, daß wir uns gegenüber dem Reich irgendwie pflichtvergessen gezeigt haben. Die katastrophalen Gefahren, die wir von der jetzt eingeleiteten Machtpolitik befürchten, werden auch dadurch nicht beseitigt, daß man uns von Berlin einfach mit „Eingreifen" droht.

Regierungsreden im Rundfunk

Berlin, 23. Februar. Auf Veranlassung der Reichsregierung übertragen alle deutschen Sender folgende Veranstaltungen:

Am Samstag, den 25. Februar von 20—21,15 Uhr aus Dortmund eine Kundgebung der NSDAP mit einer Rede des Reichsministers Goering,

am Sonntag, den 26. Februar von 16—16,20 die auf Wachs aufgenommene Rede des Reichsministers Seldte anläßlich einer Kundgebung der Stahlhelm-Selbsthilfe Berlin vom Mittag und anschließend von 16,20—17,15 Uhr eine Rede des Reichsministers Dr. Hugenberg von einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-weiß-rot aus Kassel. Außerdem wird am Sonntag von 20.15—20.30 Uhr als Sendung für Amerika ein Interview des bekannten amerikanischen Journalisten S Miles Bonton mit Reichsminister Dr. Hugenberg von Kassel aus für die National Broadcasting Company im Rahmen des „Internationalen Radioforums" gesendet werden.

Abbau der weltlichen Schulen in Preußen beschlossen

Berlin, 23. Febr. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Die Kommissare des Reiches für das Land Preußen stimmten in ihrer Sitzung am Mittwoch einem Vorschlag des Reichskommissars für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu, einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen (Sammelschulen) ab Ostern 1933 in die Wege zu leiten. Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufsschulen und Fortbildungsschulen eingeführt wird.

Opfer des Wahlkampfes

Schießerei in Hamburg

Hamburg, 23. Febr. In der vergangenen Nacht gegen 23 Uhr wurden in der Humboldt-Straße Ecke Heinrich-Hertz-Straße von einer Versammlung heimkehrende SA-Leute, die von mehreren Ordnungspolizeibeamten begleitet waren, von Kommunisten angegriffen. Letztere gaben Revolverschüsse ab, worauf die Ordnungspolizeibeamten gleichfalls von ihren Schußwaffen Gebrauch machten. Die Angreifer flüchteten und entkamen. Ob Personen verletzt worden sind, steht noch nicht fest. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

. . in Hannover-Cleve

Hannover, 23. Febr. Gestern nachmittag kam es in Cleve zu Ansammlungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, die wenige Minuten später mit einem Trupp uniformierter Nationalsozialisten zusammenstießen. Bei den sich entspinnenden Tätlichkeiten wurden 3 SA-Leute durch Messerstiche schwer verletzt. Weitere 7 SA-Leute erlitten ebenfalls Stichverletzungen, die jedoch leichterer Natur sind.

Kommunistischer Feuerüberfall auf eine nationalsozialistische Propagandakolonne

Hamburg, 23. Februar. Im Stadtteil Barmbeck wurde gestern morgen eine nationalsozialistische Werbekolonne planmäßig von Kommunisten beschossen. Als sechs SA-Leute um 7.30 Uhr in der Heitmannstraße mit Hauspropaganda begannen, erschienen plötzlich etwa 40 Kommunisten. Angesichts dieser Uebermacht zogen sich die sechs SA-Leute langsam zurück, darauf traten vier Kommunisten vor und richteten ihre Revolver auf die Nationalsozialisten, während ein fünfter Kommunist kommandierte: „Gebt Feuer". Darauf hin wurden zunächst vier Schüsse abgegeben, denen weitere vier Salven folgten, so daß insgesamt 20 Schüsse gefallen sind. Die SA-Leute, die keine Waffen bei sich führten, warfen sich zu Boden und suchten Deckung so gut es ging. Als Polizeibeamte, die durch die Schüsse alarmiert worden waren, herbeieilten, flüchteten die Kommunisten bis auf einen, der eine Beinverletzung, offenbar durch einen Prellschuß seiner eigenen Leute, davongetragen hatte. Er wurde festgenommen. Von den SA-Leuten ist niemand verletzt worden.

30 000 Zentrumswahlbroschüren beschlagnahmt

Gladbach-Rheydt, 23. Febr. Beamte der Politischen Polizei nahmen am Dienstag in den Betriebsräumen der Rheinischen Druckerei (früher Volksvereinsverlag) eine Haussuchung vor. Sie beschlagnahmten dabei eine große Anzahl von Flugzetteln, die von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Zentrumswähler herausgegeben worden ist, sowie 20 000 weitere Broschüren. Der Inhalt der Flugblätter und Broschüren soll gegen die Verordnung der Reichsregierung zum Schutze des deutschen Volkes verstoßen.

Zeitungsbeschlagnahme

Krefeld, 23. Febr. Auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar wurde die Mittwochausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung" polizeilich beschlagnahmt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab, wie das Polizeipräsidium mitteilt, die Veröffentlichung eines von der Zentrumspartei Krefeld an den Reichskommissar für das preußische Innenministerium, Göring, gerichtetes Telegramm, dessen Inhalt geeignet sei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. — Aus dem gleichen Grunde ist auch die Mittwochausgabe des „Dortmunder Generalanzeiger", in der dieses Telegramm veröffentlicht wurde, polizeilich beschlagnahmt worden.

Zwischenfall in Genf

Henderson ignoriert die deutsche Erklärung

Genf, 23. Febr. Botschafter Nadolny gab gestern nachmittag im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz den allgemein mit großer Spannung erwarteten grundsätzlichen Standpunkt der Reichsregierung zu den französischen Vorschlägen auf Vereinheitlichung der Kontinental-europäischen Heere bekannt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein System, das allen Staaten Sicherheit gewährt, vor allem in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Länder und einem Ausgleich der Rüstungen bestehen muß. Sie begrüßt den Gedanken, den Heeren einen Verteidigungscharakter zu geben, sie ist jedoch der Ansicht, daß zur Verwirklichung dieses Gedankens folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen:

1. Verteidigungs- oder Angriffscharakter der Heere wird nicht so sehr durch das Wehrsystem (d. h. durch die Organisation und die Dienstzeit der Personalbestände) als vielmehr durch die Ausrüstung mit solchen Waffen bestimmt, die vorwiegend einen Angriffswert besitzen. Eine alle Staaten ohne Ausnahme in gleicher Weise treffende Abschaffung der Angriffsmittel (bewegliche schwere Geschütze, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Bombenabwurf) und ein Ausgleich auf dem Gebiet des Materials sind daher von ausschlaggebender Bedeutung.

2. Hinsichtlich der Personalbestände wird die Angriffsmöglichkeit der Heere nicht so sehr durch die Einführung eines bestimmten, nicht aus den besonderen Verhältnissen der Staaten erwachsenden einheitlichen Wehrsystems als vielmehr durch eine namhafte Herabsetzung und einen Ausgleich der verschiedenen Rüstungsstände beinflußt, der dem Recht aller Staaten auf Sicherheit entspricht. Dabei müssen bei denjenigen Staaten, die Ueberseestreitkräfte in der Nähe des Mutterlandes oder Teile von ihnen im Mutterlande selbst unterhalten, diese Streitkräfte denen des Mutterlandes hinzugerechnet werden.

Die deutsche Abordnung ist nach wie vor bereit, in die Erörterung des französischen Planes einzutreten. Sie muß aber ihre Stellungnahme zu ihm von der befriedigenden Lösung der genannten Fragen abhängig machen und hat daher ihren Standpunkt in einem Antrag zusammengefaßt, den sie hiermit unterbreitet.

Der Antrag der Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

„Der Hauptausschuß stellt fest:

a) daß nur Heere mit reinem Verteidigungscharakter mit einem System der Sicherheit vereinbar sind.

b) daß es, um den Heeren einen Verteidigungscharakter zu geben, in erster Linie erforderlich ist: diesen die Angriffsmittel durch Abschaffung der Waffen mit besonderem Angriffscharakter zu nehmen (schwere, bewegliche Artillerie, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Verbot des Bombenabwurfs) und für jedes Heer die Menge an Kriegsmaterial festzusetzen.

c) daß es für die Schaffung eines Sicherheitssystems außerdem erforderlich ist, eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte der stark gerüsteten Staaten und einen Ausgleich der Streitkräfte aller Staaten vorzunehmen. Hierbei müssen die Ueberseestreitkräfte, die sich in den in der Nähe des Mutterlandes liegenden Ueberseegebieten befinden, ebenso wie die im Mutterlande selbst stehenden Ueberseestreitkräfte als Teil der Heimatstreitkräfte betrachtet werden.

Der Hauptausschuß beschließt daher, bevor er sich über den Grundsatz der Vereinheitlichung der Heerestypen ausspricht:

a) selbst ohne Verzögerung die Frage der Abschaffung der besonderen Angriffswaffen und die Begrenzung des zugelassenen Kriegsmaterials zu regeln.

Bieden sieht den Tod

55 Ein Theaterroman von Hannsheinz Wolfram

Dann wurde von ihm ein kurzes Schreiben verlesen, in dem Reichenberg offiziell mitteilte, daß die zur Zeugenaussage gebetene Rita nicht in der Stadt anwesend sei und deshalb der Aufforderung nicht Folge leisten könne.

An ihrer statt wurde der ebenfalls bestellte Intendant Schulz-Rombach aufgerufen.

Schulz-Rombach wurden einige weniger wichtige Fragen über die baulichen Verhältnisse des Theaters vorgelegt, die er ohne weiteres beantworten konnte. Auch hatte sich in einer Untersuchung durch Polizeibeamte die Tatsache, nach der der Intendant nun nochmals gefragt wurde, erwiesen, daß sämtliche Fenster des Souterrains des Theatergebäudes mit Eisengittern versehen waren, um das Einsteigen unbefugter Besucher zu verhindern. Auf diese Weise konnte der Täter also auch weder hinein, noch hinaus gelangt sein.

„Das Theatergebäude hat noch einen zweiten Ausgang, aber der Zeuge Klante, der Portier des Theaters, sagte mir, daß dieser von niemanden benutzt würde. Stimmt denn das?"

„Nicht ganz", sagte Schulz-Rombach, „ich selber habe einen Schlüssel zu diesem Ausgang, und wenn auch selten, so habe ich ihn doch manchmal benutzt. Außer mir verfügen noch Professor Marlow, Generalmusikdirektor Behrmann und der Maschinenmeister Hinte über einen Schlüssel zu dieser Türe, die aber immer abgeschlossen ist."

Frankl pfiff leise durch die Zähne.

„Hinte ist doch der Mann, der mit Paschke zuerst an der Tatstelle erschien? Auch war er, soviel ich weiß, der Einzige, der in der Nähe des Tatortes sich um die bewußte Zeit aufhielt."

„Das ist schon so, Herr Staatsanwalt, aber Hinte war mit dem Eisernen beschäftigt und konnte während der Zeit, als dieser fiel, nicht aus der Maschinenhalle hinaus. Sonst hätte man das auf der Bühne durch eine Stockung des Vorhangs merken müssen. Sobald der Bedienungsmann den Hebel losläßt, steht der Vorhang. Das ist so eine Sicherheitsmaßnahme der Baupolizei. Und dann: Herr Generalmusikdirektor war an jenem Vormittag überhaupt nicht in dem Haus und Marlow ist beurlaubt. Er ist bereits am Tag bevor der Mord begangen wurde, abgereist. Sie sehen also, Herr Staatsanwalt, daß Sie sich täuschen, wenn Sie hinter diesen drei Herren den Täter suchen wollen. Viel eher bin ich verdächtig . . ."

Frankl wandte sich an Hüßgen.

„Stehen diese Behauptungen des Intendanten fest? Ich meine, sind sie seinerzeit nachgeprüft worden?"

Dr. Hüßgen grub in seinen Akten herum.

„Oberwachtmeister Kurz hat die Nachforschungen nach dem Alibi des Herrn Generalmusikdirektors Behrmann betrieben und zwar mit positivem Resultat, das will besagen, daß Generalmusikdirektor Behrmann, laut Aussage seiner Gattin und des Dienstmädchens bis mindestens elf Uhr im Bett gelegen hat, da er am Tag vorher eine schwere Probe hatte."

„Und was Herrn Professor Marlow anbetrifft?"

„Haben die Nachforschungen ergeben, daß Herr Professor Marlow verreist war und infolgedessen als Täter nicht in Frage kommen kann."

„Ich beantrage, diese Nachforschungen nochmals genauestens zu protokollieren, Herr Präsident!"

In die kurze Pause, die nach diesen Worten entstand, rief Dr. Wemper: „Ich beantrage die Zeugenschaft Herrn Professor Marlows!"

„Wie wollen Sie dieselbe begründen?" frug Hüßgen zurück.

In Wempers Gesicht verriet kein Muskel die Hoffnung, die ihm aus einer eventuellen Zeugenvernahme Professor Marlows erwuchs. Wie ein Blitz war ihm ein Gedanke durchs Hirn gefahren, als er Frankl den Namen aussprechen hörte.

„Ich hoffe, daß durch das rein menschliche Urteil Professor Marlows, des direkten Vorgesetzten des Angeklagten, der letzte Rest des Vorurteiles, das immer noch auf meinem Klienten lastet, erlöschen wird." In der Tat aber erhoffte er eine viel bedeutsamere Entlastung durch Marlows Zeugenschaft.

Intendant Schulz-Rombach wurde entlassen.

Geheimrat Hüßgen wandte sich mit erhobener Stimme an das gesamte Auditorium.

„Ein freiwilliger Zeuge, ein gewisser Herr Zeisigmann, hat sich mir zur Verfügung gestellt. Er behauptet, etwas aussagen zu können, was für die Verhandlung vielleicht von äußerster Wichtigkeit sein könnte. Ich habe ihn auf heute morgen bestellt. Ich bitte Herrn Zeisigmann aufzurufen!"

Kurz darauf betrat ein kleines Männchen mit kurzem Spitzbart und listigen Aeugelchen den Saal. Mit schnellen kurzen Schritten ging er, sich nach rechts und links schüchtern und verlegen verbeugend, nicht auf den Zeugenstand, sondern auf die entgegengesetzte Ecke des Raumes zu.

„Hierher bitte!" rief Hüßgen.

Herr Zeisigmann blickte sich um, dann machte er eine vorbildlich schöne, aber altmodische Verbeugung und sagte:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

b) den Effektivausschuß zu beauftragen, die Bestimmungen zur Herabsetzung und zum Ausgleich der Streitkräfte im Sinne der Grundsätze des Hooverplanes festzusetzen und dem Hauptausschuß den Vorschlag hierüber auf einen Zeitraum von . . . . Tagen vorzulegen."

Die lang ausgedehnte Sitzung schloß mit einem peinlichen Zwischenfall. Der Präsident Henderson erklärte zum Schluß der Sitzung, daß der Hauptausschuß mit den französischen Heeresvorschlägen und einem italienischen Abänderungsantrag befaßt sei, ohne mit einem Wort den eingereichten deutschen Antrag als Verhandlungsgrundlage zu erwähnen. Botschafter Nadolny verlangte daraufhin nachdrücklichst Berücksichtigung des deutschen Antrages, der einen begründeten Gegenvorschlag zu den französischen Heeresvorschlägen darstelle und daher gemeinsam mit den französischen und italienischen Vorschlägen behandelt werden müsse. **Henderson lehnte schroff ab, den deutschen Vorschlag als einen Abänderungsantrag zum französischen Plan anzusehen und zur Verhandlung zu stellen. Er erklärte, der deutsche Antrag ginge über den französischen Heeresplan weit hinaus und könne daher bei den Verhandlungen über diese Frage nicht mitberücksichtigt werden.** Er sei als Präsident allein für den normalen richtigen Gang der Verhandlungen verantwortlich und müsse die früheren Beschlüsse des Hauptausschusses wahren. Ohne die sofortige Wortmeldung Nadolnys zu berücksichtigen, schloß Henderson die Sitzung.

Auf deutscher Seite hat dieses unkorrekte und geschäftsordnungswidrige Verhalten des Präsidenten großes Befremden erregt.

Verwendung der Reichszuschüsse auch für Instandsetzung landw. Wirtschaftsgebäude

Berlin, 23. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: „Die Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten dürfen, nach einem Beschluß des Reichskabinetts, in Zukunft auch zur Instandsetzung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude gegeben werden. Erweitert ist ferner die Befugnis des Reichsarbeitsministers zur Uebernahme der Reichsbürgschaft für Instandsetzung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und für den Umbau von gewerblichen und sonstigen Räumen zu Wohnungen.

Raubmörder August Schulte verhaftet

Dortmund, 23. Febr. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums ist der Raubmörder August Schulte aus Dortmund am Mittwochnachmittag in Gronau i. Westf. an der holländischen Grenze verhaftet worden. Allem Anschein nach hat Schulte versucht, nach Holland zu entkommen. Die Mordkommission begab sich sofort im Kraftwagen nach Gronau, um Schulte nach Dortmund zu bringen. Schulte war bei den Mordtaten an der Kontoristin Emma Schneider aus Herford an der Witwe Schur aus Hagen und am Holzhändler Narowski aus Dortmund-Hambruch als Haupttäter beteiligt. Seine beiden Helfershelfer Scheer und Pieper konnten bereits am Montag festgenommen werden.

Gräßliche Bluttat

München, 23. Febr. Eine gräßliche Bluttat hat sich gestern in München ereignet. Am Mittwoch mittag kam ein verheirateter Kraftwagenführer von der Arbeit nach Hause und fand in seiner Wohnung an der Salvatorstraße 3 seine 36 Jahre alte Ehefrau, sowie seine beiden Kinder, einen Knaben von neun Jahren und ein Mädchen von 6 Jahren, tot vor. Die Frau hatte mit einem Rasiermesser ihren beiden Kindern die Pulsadern und den Hals durchschnitten und sich selbst auf die gleiche Weise das Leben genommen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hat die Frau die schreckliche Tat offenbar aus Verzweiflung darüber begangen, weil sie befürchtete, daß der Mann stellenlos wird.

Schwerer Schiffszusammenstoß

Reykjavik, 23. Februar. In der Nähe von Reykjavik hat sich ein schwerer Schiffszusammenstoß ereignet. Der deutsche 2000 Tonnen-Frachtdampfer „Brigitte Sturm" stieß nahe der Küste mit dem isländischen Fischdampfer „Papey" zusammen, der unmittelbar darauf sank. Neun Besatzungsmitglieder der „Papey" ertranken, die übrigen drei Mann konnten von dem deutschen Dampfer gerettet werden.

Neuer Anschlag auf Roosevelt verhindert

Washington, 23. Febr. Die Geheimpolizei gibt bekannt, daß ein neuer Anschlag auf Roosevelt verhindert werden konnte. Auf dem Hauptpostamt in Washington traf ein an Roosevelt adressiertes Paket ein. Bei der Oeffnung stellte man fest, daß das Paket eine Höllenmaschine enthielt.

Eine schreckliche Tat

Paris, 23. Febr. In einem Walde bei Lorient fand man die Leiche eines ermordeten neunjährigen Mädchens. Die Untersuchung ergab, daß das Kind von einem 15jährigen Mädchen ermordet worden ist, das der Kleinen ein Wäschepaket stehlen wollte. Um ein Sittlichkeitsverbrechen vorzutäuschen, hatte die jugendliche Mörderin ihr Opfer bis auf das Hemd entkleidet.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Mannheim, 23. Febr. (Neue Radrennbahn.) Der technische Ausschuß des Stadtrates hat den Bau der Radrennbahn auf dem Sportplatz des MFC. Phönix bei der Uhlandschule mit Stimmenmehrheit genehmigt. Die Bauarbeiten werden so beschleunigt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach schon am Ostermontag, 17. April, mit der Einweihung der neuen Bahn durch Abhaltung großer Rennen der Deutschen Radfahrer-Union gerechnet werden kann.

Waldhausen bei Buchen, 23. Febr. (Scheuer und Wohnhaus abgebrannt.) In der Scheune der Witwe Emilie Weckbach brach Feuer aus, das auch auf das Wohnhaus übergriff und beide Gebäude in Schutt und Asche legte. Ein Teil der Scheune wurde erst vor kurzem neu erstellt. Die Wehren konnten wenig ausrichten, da Wassermangel herrschte. Die Entstehungsursache ist bis jetzt unbekannt. Der Schaden beläuft sich auf 8000—10 000 RM.

Stebbach bei Sinsheim, 23. Febr. (Unfall.) Ein Unfall ereignete sich an der Gemminger Steige. Ein etwa 12 Jahre altes Mädchen verunglückte beim Schlittenfahren. Es wurde mit schweren Knieverletzungen nach Eppingen ins Krankenhaus geschafft.

Bietigheim bei Mühlacker, 23. Februar. (Gastod eines Ehepaares.) Der erst seit drei Wochen verheiratete, in den 20er Jahren stehende Kaufmann Schaubel nahm sich in der Küche seiner Wohnung mit Gas das Leben. Seine Frau, die sein Vorhaben merkte, wollte ihn offenbar retten, fiel aber über ihren Mann und erlag ebenfalls der Gasvergiftung. Beide wurden tot aufgefunden.

Vom Mummelsee, 23. Febr. (Gute Beschäftigung Arbeitsloser.) Der vom FAD im Herbst in Angriff genommene Ausbau der Schwarzwaldhochstraße auf der Strecke Unterstmatt—Mummelsee—Hornisgrinde ist nahezu beendet. Er erforderte bisher 14 000 Tagewerke auf den Baustellen und 2000 in der Steinindustrie. Die Arbeiten brachten den schwer notleidenden Waldgemeinden des Hornisgrindegebiets große Erleichterungen. Der nunmehr beabsichtigte Weiterbau auf der Strecke Mummelsee—Ruhstein mit 24 000 Tagewerken auf der Baustelle wird den bedrängten Gemeinden durch Beschäftigung ihrer Erwerbslosen weitere Hilfe bringen.

Villingen, 23. Febr. (Blutiger Brüderstreit.) Zwei Brüder gerieten hier in einen Wortwechsel, wobei der eine ein Rasiermesser zog und dem anderen mehrere tiefe Schnitte im Genick beibrachte. Zum Glück sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Täter war angetrunken.

Feldberg, 23. Febr. (Unbegründeter Verdacht.) Ein vor einiger Zeit wegen Brandstiftung verhafteter Zimmermann wurde wieder freigelassen, da sich der Verdacht als unbegründet erwies.

Brombach bei Lörrach, 23. Febr. (Selbstmord.) Eine hier wohnende 65 Jahre alte Witwe wurde tot in der Jauchegrube aufgefunden. Man nimmt an, daß die gemütskranke Frau sich in einem Anfall von Schwermut hineinstürzte.

Schönau, 23. Febr. (Urkundenvernichtung.) Der frühere Bürgermeister von Mambach Karl Berger wurde wegen Urkundenvernichtung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Säckingen, 23. Febr. (Patentiert.) Dr. Hüssy von der Firma Hüssy und Künzli hat einen Rundwebestuhl konstruiert, der als Gebrauchsmuster vom Patentamt in Berlin anerkannt worden ist.

Badens Innenminister bei Reichskanzler Hitler

Am Dienstag begab sich Innenminister Dr. Umhauer nach Berlin und hatte, wie von dort berichtet wird, eine Unterredung mit Reichskanzler Hitler. Einzelheiten über die Aussprache werden nicht berichtet, doch dürfte man sich über die Handhabung der Vorschriften über die Zeitungsverbote in Baden unterhalten haben.

Polizeibeamte und NSDAP.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Unter der Rubrik „Das Neuste" brachte der „Residenz-Anzeiger" (Nr. 45 vom 21. Februar) folgende Mitteilung: „Nach einer Verfügung des Ministers Dr. Umhauer ist es künftig jedem Beamten in Baden erlaubt, der NSDAP anzugehören. Die Zusammenfassung der aufbauenden Kräfte in der deutschen Einheitsbewegung gebiete es sogar, für sie zu wirken." Demgegenüber wird nachstehend der Wortlaut der Verfügung bekanntgegeben: „Die Anfrage eines Dienstsitzes gibt zu der Feststellung Anlaß, daß die Bekanntgabe vom 8. Dezember 1930, Nr. 114 814 (Gendarmerie-Verordnungsblatt Seite 457), soweit sie sich gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wendet, mit der Erklärung der badischen Staatsregierung im Staatsanzeiger vom 19. September 1932, Nr. 219 (Gendarmerie-Verordnungsblatt Seite 379) als aufgehoben anzusehen ist. Bezüglich der Kommunistischen Partei Deutschlands bleibt die Bekanntgabe vom 8. Dezember 1930, Nr. 114 814 unverändert bestehen. Die Angehörigen des staatlichen Sicherheitsdienstes sind hiervon, soweit noch Zweifel bestehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Abdruck im Gendarmerie-Verordnungsblatt ist veranlaßt."

Der Bebenherd vom Dienstag

Karlsruhe, 23. Febr. Das Beben vom Dienstag hat, wie das Geodätische Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe mitteilt, seinen Herd allem Anschein nach in der Rauhen Alb auf württembergischem Gebiet, etwa südöstlich von Karlsruhe gelegen. Die Erschütterungen sind in Ebingen und Hechingen am stärksten verspürt worden.

Handels-Nachrichten

Der Status von Pfannkuch, Karlsruhe

Die Firmen Pfannkuch G. m. b. H. & Co. und Pfannkuch G. m. b. H. legen einen vorläufigen Status per 27 Januar 1933, aufgestellt von der Treuverkehr Süddeutschland (Frankfurt a. M.) vor. Der Status ist unter der Bedingung einer Betriebsfortführung aufgestellt. Die Gesamtaktiven betragen hiernach 1 965 300 RM., von denen aber nur 932 900 RM. frei sind. Nach Abzug der 340 100 RM. bevorrechtigten Forderungen verbleiben noch 592 800 RM. Aktiven. Da die ungedeckten Forderungen 1 923 800 RM. betragen, ergibt sich ein Fehlbetrag von 1 331 000 RM. Hierbei sind 250 000 RM. G. m. b. H. und 500 000 RM. K.G.-Kapital vorweg unberücksichtigt gelassen. Unter den Verbindlichkeiten befinden sich 289 800 RM. Pensionskasse, wovon 210 000 RM. Firmenanteil enthalten sind. Die an sich ungedeckten 144 100 RM. Guthaben der Angestelltensparkasse sollen, falls die Gläubiger zustimmen, bevorrechtigt behandelt werden. Nicht aktiviert sind 69 200 RM. rückständige Einlagen der Kommanditisten, ferner 67 200 RM. Forderungen an die Hermagen & Co. G. m. b. H., 308 000 RM. an die Geflügelzucht Rüppurr und 157 000 RM. an die Geflügelzucht Wiedenhof, alle drei abhängige bzw. Konzerngesellschaften, dagegen sind die Verbindlichkeiten gegenüber abhängigen Firmen und Konzerngesellschaften, und zwar 57 000 RM. Ed. Meßmer Nachfolger Baden-Baden, 14 400 RM. an Pfannkuch & Co. Reutlingen sowie 64 100 RM. an Walter Heymann (sämtlich ungedeckt) passiviert. Bankschulden betragen 587 400 RM., davon sind 332 900 RM. gedeckt, von 36 600 RM. Finanzakzepten sind 60 000 RM. gedeckt. Waren- und sonstige Verbindlichkeiten betragen 860 200 RM., davon sind 707 100 RM. ungedeckt. Für evtl. Inanspruchnahme aus Bürgschaften und gegebenen Darlehen sind 283 300 RM. zurückgestellt. Die mit 649 400 RM. bewerteten Immobilien sind voll belastet, ihnen stehen 486 400 RM. Hypotheken und Zinsrückstände gegenüber. Unter den Vorrechtsforderungen betragen Steuern (Steuergutscheine) 79 100, Zölle 62 500, Mieten 15 700, Löhne und Gehälter 45 600, Rabatte 100 000 RM., ferner gehen hier 30 000 RM. Kosten des Verfahrens als bevorrechtigt ab. Hauptaktivposten sind die Warenläger im Gesamtbuchwert von 850 900 RM., wovon 375 200 RM. nicht frei sind, ferner das Inventar, Filialeinrichtungen usw. mit 300 000 RM., die vollständig frei sind.

Eine Sitzung des Gläubigerausschusses findet am Freitag statt.

Marktberichte

Karlsruher Produktenbörse vom 22. Februar. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Die angekündigten Regierungsmaßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft haben bei Zurückhaltung der Produzenten erhöhte Preise zur Folge. Inlandweizen, je nach Qualität, neue Ernte, nur prompte Verladung 21.50—22.—; Inlandroggen, neue Ernte 17.25—17.50; Sommergerste, je nach Qualität und Herkunft 18.50—20.—, Ausstichware über Notiz; Futter- und Sortiergerste, je nach Qualität 16.00—17.25; Deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 14.00—14.50; Mais, je nach Herkunft, mit Bezugsschein 20.25; Weizenmehl, Basis Spezial 0, mit Austauschweizen, Februar bis April 30.75—31.00; Weizenmehl, Basis Spezial 0, Inlandsmahlung, Februar bis April 30.25 bis 30.50 (beides Forderungen der südd. Mühlenvereinigung Mannheim mit den entsprechenden Spannungen für 00 = + 3,— RM., für Brotmehl = — 8,— RM.); Roggenmehl, Basis ca. 65%ig, je nach Fabrikat und Lieferzeit 23.25—23.75; Weizenbollmehl (Futtermehl), je nach Fabrikat 9.75—10.00; Weizenkleie, fein 7.75; Weizenkleie, grob 8.75; Biertreber, je nach Qualität, prompt 11.00; Trockenschnitzel, lose, je nach Fabrikat und Lieferzeit 7.75; Malzkeime, je nach Qualität und Herkunft 10.50—11.00; Erdnußkuchen, lose, je nach Fabrikat 11.25—11.75; Palmkuchen, je nach Fabrikat 9.00; Sojaschrot, südd. Fabrikat 10.25—10.50; Leinkuchenmehl, je nach Fabrikat 11.75—12.00; Speisekartoffeln, gelbfleischig (Industrie, Ackersegen, Erdgold) 4.25; Futter- und Wirtschaftskartoffeln, weißfleischig, rotschalig 3.20—3.60. Rauhfuttermittel: Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 4.75—5.00; Luzerne, gut gesund, trocken, je nach Qualität 4.00. Alles per 100 Kg.; Mais, Biertreber und Malzkeime mit Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack. Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise, keinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Durlacher Viehmarkt vom 22. Febr. Auffuhr: 48 Kühe, 17 Kalbinnen, 14 Rinder. Milchkühe kosteten 200—650 RM., Zuchtkühe 300—400 RM. Kalbinnen 250—320 RM., Kuhrinder 100—180 RM. Der Markt war lebhaft.

---

56)

„Verzeihen Sie bitte vielmals, Herr Gerichtshof, aber ich dachte . . ." Weiter kam er nicht, sondern zeigte zur Ergänzung des nur halb gesprochenen Satzes nach der Zuschauertribüne.

„Nein, nein, Herr Zeisigmann, hier sitzen wir."

Herr Zeisigmann verbeugte sich wieder mehrere Male und sagte dann: „Aha, da sitzen Sie, na, schön, dann will ich mal . . ."

Er schritt verlegen lächelnd und von einem Wachmann geführt auf den Zeugenstand zu.

„So", sagte Hüßgen, nicht ohne Humor, „jetzt sind wir ja glücklich gelandet; Sie sind also gekommen, um etwas zu erzählen, was Ihrer Meinung nach mit unserem Prozeß zu tun hat."

Herr Zeisigmann machte eine abwehrende Bewegung.

„Nein, Herr Rat, nicht ‚hat', zu tun haben ‚könnte', könnte, könnte . . . Ich habe nicht gesagt daß es bestimmt etwas damit zu tun hat! Ja, wenn Sie das meinen, dann kann ich ja wieder gehn!"

Er wollte diese Worte gleich in die Tat umsetzen.

„Nein, nein, Herr Zeisigmann, so ist das nicht gemeint gewesen. Ich meinte nur, daß Sie uns doch etwas erzählen wollen, was vielleicht in irgendeinem Zusammenhang mit unserer Untersuchung stehen könnte . . . könnte, sage ich!"

Diese Formulierung schien weit mehr das Einverständnis des Herrn Zeisigmann zu finden. Zwar ließ er trotzdem erst eine kleine Pause verstreichen, bevor er antwortete und auch dann geschah es vorerst auch nur durch eine Handbewegung, ehe er sagte: „Sehen Sie, Herr Gerichtshof, das ist es, vielleicht, vielleicht! Ich kann nichts versprechen."

Die Personalien des Herrn Zeisigmann ergaben, daß er mit Vornamen Mamertus Florian hieß, pensionierter Postbeamter und von seiner Frau namens Bertalda geborene Klingelpütz schon seit einigen Jährchen durch die rauhe Hand des Todes getrennt war.

Des weiteren ergab sich, daß Mamertus Florian Zeisigmann der glückliche Besitzer eines Spitzes war, der Würmer hatte . . . ja, er war ein mitteilsamer Mann, der Herr Zeisigmann.

Daß er die Hundesteuer in dem nächsten Jahr nicht mehr werde bezahlen können, verstand sich wohl am Rande . . . das Wichtigste aber, was sich aus der Personalaufnahme ergab, war, daß Herr Mamertus Florian über eine Zweizimmerwohnung und Küche in der Großkopfgasse verfügte, und daß die Hinterwand seines einen Zimmers die gleiche war, die den rückwärtigen Abschluß des Schüllerschen Zimmers bildete, da die Großkopfgasse eine Parallelstraße der Sternstraße war.

XXII.

„Also Herr Mamertus Florian Zeisigmann, was haben Sie uns zu erzählen?" fragte Geheimrat Dr. Hüßgen und ließ sich mit gekreuzten Armen in seinen Sessel zurückfallen.

„Ein Novum, Herr Gerichtshof, ein Novum", sagte der Kleine schnell und Hüßgen lächelte über seinen Eifer.

„Vor allem, wie kamen Sie auf den Einfall, jetzt, nach so langer Zeit, sich noch als neuer Zeuge zu melden? Das hätten Sie, wenn Sie etwas wußten, doch schon lange tun können."

„Eben nicht, eben nicht! Ich bin nämlich pensionierter Postbeamter, aber das wissen Sie ja, das habe ich ja eben schon gesagt. Früher, Herr Gerichtshof, früher, da war das ganz anders, da hatte ich mir auch noch eine Zeitung leisten können, da habe ich immer alles verfolgt, was in der Weltgeschichte vorging, aber nun, wo die Pensionen immer kleiner und kleiner werden, da reicht es eben an allen Ecken und Kanten nicht mehr, ich weiß ja schon kaum, wie ich nächstes Jahr die Steuer für Lämmchen aufbringen soll (Jeder im Saale wußte, daß Lämmchen der Name des bewußten Spitzes sein mußte.), und sehen Sie, da habe ich mir nun auch eines Tages meine Zeitung abbestellen müssen. Wir pensionierten Beamten, wir sind ja in dieser Zeit . . . Aber das gehört eigentlich nicht hierher. Verzeihen Sie", entgegnete Herr Zeisigmann, verbeugte sich und blickte verlegen lächelnd von einem zum andern.

„Also die Sache war die. Sie fragten mich, wieso ich erst so spät dazu kam, mich als Zeuge zu nennen. Das war nämlich so. Also, ich hatte doch keine Zeitung mehr, Herr Gerichtshof, und wenn der Mensch mal keine Zeitung mehr hat, dann gehts bergab mit ihm, dann kann er nicht mehr mit der Weltgeschichte mitkommen. Ja, ja, das ist also nur dadurch gekommen, daß ich keine Zeitung mehr lese."

„Bester Herr Zeisigmann. Das ist ja an sich sehr interessant, was Sie da erzählen, aber ich bitte Sie, jetzt endlich zu Ihrer eigentlichen Aussage zu kommen. Wissen Sie denn wirklich so Interessantes?"

„Das soll wohl so sein, Herr Gerichtshof. Wissen Sie, ich bin ein alter Mann, siebzig vorbei! Da geht das alles nicht so schnell. Sie verzeihen schon. Also, ich habe da neulich einen von meinen Stammtischkumpels aus dem „Sauren" getroffen . . . übrigens ein Kollege von Ihnen, war auch beim Gericht, Gerichtsvollzieher Schachmann . . . Kennen Sie ihn vielleicht?"

Dr. Hüßgen lächelte nur.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Aus Ettlingen-Stadt und Land

≡ **Zwangsversteigerung eingestellt.** Die für den 22. Febr. anberaumt gewesene Zwangsversteigerung in Sachen Roth betr. der Anwesen der Maria Luise Schneider und Josef Otto Schneider, Metzger in Marxzell ist eingestellt worden.

≡ **Veteranenverein.** In harmonischer Weise verlief der am Sonntag, den 19. Febr., abends 7 Uhr, im Gasthaus zum „Reichsadler" stattgefundene Familien-Abend. Der Besuch war in Anbrtacht der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein guter. Der Abend erfüllte vollauf den Zweck, den sich der Verwaltungsrat zum Ziele gesteckt hatte, nämlich ein kameradschaftliches Beisammensein, verbunden mit Wurstessen, musikalischer Unterhaltung und deklamatorischen Vorträgen. Nach einer Ansprache des 1. Vorsitzenden Leopold Preißig, der die Erschienenen herzlich begrüßte und für das Erscheinen dankte, nahm das Wurstessen seinen Anfang. Dasselbe war sehr gut, reichhaltig, befriedigte die Gäste aufs beste und machte dem Gastgeber, Heldmaier, alle Ehre. In den Pausen fanden kleine Tanzeinlagen statt. Die Kameraden Heinrich Braun und Jos. Vögele brachten in ihren würzigen Vorträgen wahre Lachsalven hervor. Der schönen Musik, ebenso den Komikern, die zur Verschönerung des Abends beigetragen haben, sei an dieser Stelle der geziemende Dank ausgesprochen. Unter Absingen alter Soldatenlieder verflossen die Stunden nur allzurasch und im Nu war die Polizeistunde herangerückt. Vorstand Preißig gedachte nochmals allen Mitwirkenden für das Gelingen des Familienabends und ermahnte zum treuen und festen Zusammenhalten des Vereins. Hochbefriedigt trennte man sich mit dem Gedanken, es war schön gewesen im Veteranenverein.

≡ **Der Maskenball des Gesangvereins „Freundschaft"** findet am Samstag, den 25. Februar im „Sonnen"saal statt.

≡ **Der Homöopathische Verein** hält am Sonntag, den 26. Februar einen sehr interessanten Lichtbildervortrag ab. Der Verein hofft, daß die Mitglieder — trotz des Fastnachtsonntages — recht zahlreich erscheinen. Näheres folgt.

≡ **Von der Reichsbahn.** Am 26. Februar 1933 finden in Titisee internationale Eisrennen statt. Es verkehrt ein Verwaltungssonderzug mit folgenden Fahrzeiten: Ettlingen Stadt ab 5.50 Uhr; Ettlingen Reichsbahn ab 6.07 mit direkten Wagen bis Titisee; Titisee an 10.05; Titisee ab 18.05 mit direkten Wagen bis Ettlingen Rb.; Ettlingen Reichsbahn an 21.41; Ettlingen Stadt an 21.9 Uhr. Der Fahrpreis 3. Klasse für Hin- und Rückfahrt beträgt ab Ettlingen Reichsbahn 6.60 RM 2. Klasse 9.60 RM. Fahrkarten sind am Reichsbahnhof erhältlich.

Aus der Landeshauptstadt

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Ende der letzten Woche wurde in Frankfurt am Main am Mainufer eine Aktentasche gefunden und der Polizeibehörde übergeben. Aus dem Inhalt ergaben sich keinerlei Angaben über den Eigentümer Anscheinend stammt dieselbe von einem Lebensmüden aus Karlsruhe, der aber bis jetzt noch nicht gefunden werden konnte. In der Tasche befanden sich u. a. ein braunes Lederetuis für Zigarren mit dem Aufdruck „Hermann Meyle Zigarrenhaus, Karlsruhe", ein Buch, außerdem zwei Kragen, eine Kleider- u. eine Zahnbürste, Kamm, Seife usw.

Gerichtssaal

Verurteilte Sittlichkeitsverbrecher.

fm. **Karlsruhe**, 21. Febr. Vor der II. Großen Strafkammer (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Böhringer) hatte sich heute der 32jährige ledige Hilfsarbeiter August Ratzel aus Karlsruhe wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 zu verantworten, der sich an einem 13jährigen Jungen vergangen hatte. Das Urteil lautete auf elf Monate Gefängnis, abzüglich vier Wochen Untersuchungshaft. Wegen des gleichen Delikts stand der 32 Jahre alte verheiratete Bäcker Ludwig Brecht aus Rheinsheim vor Gericht, der sich in schamloser Weise sittliche Verfehlungen gegenüber einem 13jährigen Jungen zuschulden kommen ließ. Gegen ihn wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 eine Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten ausgesprochen. Auf die Strafe wurde ein Monat Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Bezirksversammlung um den milchwirtschaftlichen Zusammenschluß

Aus dem Bezirk Ettlingen sind am Dienstag nachm. die für den milchwirtschaftlichen Zusammenschluß gewählten Vertreter im „Ritter" in Ettlingen zusammengekommen, um wiederholt Fragen der Milcherzeugung sowie des Absatzes zu erörtern. Herr Bürgermeister Weber, Spessart, begrüßte die zahlreich Erschienenen, darunter Herrn Landrat Dr. Gädeke, Direktor Dr. Sätzler von der Milchzentrale Karlsruhe, Direktor Meßmer vom Molkereiverband und Herrn Geschäftsführer Liebig.

Der Grundgedanke des Zusammenschlusses ist, eine Sammelstelle in jedem Ort, also auch in Ettlingen, einzurichten, sofern nicht eine Milchgenossenschafts-Zentrale bereits besteht. In dieser Richtung bewegten sich auch die Ausführungen von Herrn Dr. Stätzler. An eine Zwangsbewirtschaftung ist dabei nicht gedacht, vielmehr sollen die Fragen der Erzeugung und des Verbrauches durch den Unterausschuß in reger Fühlungnahme mit allen Zweigen der Milchwirtschaft erörtert und dann entsprechend ausgearbeitet werden. Andererseits wurde dennoch angeregt, Zwangssammelstellen für die Milch einzurichten. Ein durch Abstimmung angenommmener Antrag wurde gegen die Stimmen der Vertreter von Ettlingen und Busenbach zur Bearbeitung weitergeleitet. Die Vorstandsmitglieder beim milchwirtschaftlichen Zusammenschluß Mittelbaden und Mitglieder des Preisausschusses sind: Bürgermeister Weber, Spessart, als Vertreter; Bürgermeister Lumpp, Ettlingenweier, als Stellvertreter; als Vertreter für die Verbraucher im Preisausschuß sind gewählt die Herren Gemeinderat Blau, Stellvertreter Gemeinderat Lichtenberger; Herr Bürgermeister Lumpp, Ettlingenweier, ist als Vertreter der Erzeuger gewählt. In den Unterausschuß des Bezirks wurden noch hinzugewählt: Herr Böster, Langensteinbach, Gemeinderat Bader, Malsch, und ein Vertreter aus Mörsch.

Am Schlusse der Verhandlungen dankte der Vorsitzende dem Herrn Landrat Dr. Gädeke für seine ersprießliche Tätigkeit bei der Einleitung des milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Herr Landrat Dr. Gädeke erkannte andererseits die zielsichere und entschlossene Arbeit des Bürgermeisters Weber an, der als Vorsitzender viel Verständnis gezeigt und viele Mühe aufgewendet habe, sowie auch die rege und tatkräftige Mitarbeit seines Stellvertreters, des Herrn Bürgermeister Lumpp, Ettlingenweier.

*

Man schreibt uns:

Das Eintreten der Milchversorgungsfrage in ein entscheidendes Stadium haben die Verbraucher von Milch — besonders jene, die ihre Milch direkt aus Ställen beziehen — also Wert darauf legen, sie aus erster Quelle zu haben, aufhorchen lassen. Es ist selbstverständlich, daß auch wir unsere Bewegungsfreiheit nicht aufgeben wollen. Wir protestieren gegen eine solche Zwangsmaßnahme und sehen mit Spannung der Versammlung der Milcherzeuger entgegen, an welcher wir uns vollzählig einfinden müssen, um den Eindruck einer großen, gemeinsamen Kundgebung zu verstärken. Das Nähere werden wir ja noch zu hören bekommen, aber heute schon sei der Besuch vorgemerkt.

Turnen * Sport * Spiel

Endspiele um die Bad. Handballmeisterschaft.
Ettlingen in der Spitzengruppe.

Nach dem verdienten 8:4-Siege gegen „Jahn" Nußloch am letzten Sonntag ist der Turnverein Ettlingen an die zweite Tabellenstelle gerückt und folgt dem Favoriten Ketsch, der sich jetzt schon einen verhältnismäßig guten Vorsprung gesichert hat, dicht auf den Fersen. Auch die übrigen Ergebnisse des letzten Sonntags entsprechen ungefähr den Erwartungen, doch hätte man dem Turnerbund Durlach gegen Offenburg ein besseres Ergebnis zugetraut. Es spielten:

Jahn Nußloch — Ettlingen 1885 4:8
Turngemeinde Ketsch — Weinheim 5:4
Turnerbund Durlach — Offenburg 3:3

Die Paarungen für den nächsten Sonntag werden wir im Laufe der Woche noch bekanntgeben. Für Ettlingen interessiert als besonderes sportliches Ereignis das Zusammentreffen der beiden Nachbarmannschaften:

Tv. Ettlingen 1885 — Turnerbund Durlach

in Ettlingen. Welch' hohe Bedeutung diesem Spiel zukommt, zeigt die am Montag veröffentlichte Tabelle. Verliert Ettlingen dieses Spiel, dann dürfte Ketsch kaum mehr einzuholen sein. Im umgekehrten Fall aber sind die Aussichten für unsere Ettlinger keineswegs ungünstig. Es ist nicht zu verkennen, daß der erstmalige Wettbewerb einer Ettlinger Mannschaft um eine Badische Meisterschaft, dazu noch in einer durchaus nicht ungünstigen Position, einen ganz besonderen Reiz und eine nicht zu verkennende Anziehungskraft auf die Ettlinger Sportgemeinde ausübt. Die Ettlinger Mannschaft hat sich tatsächlich auch überraschend schnell in die besondere Klasse dieser Schlußspiele hineingelebt und versteht mit Schneid und Besonnenheit zu kämpfen. Das Spiel am nächsten Sonntag wird den letztjährigen Meister, Turnerbund Durlach, zwingen, alles aufzubieten, wenn er einigermaßen in Ehren bestehen will. Das Spiel ist für die erste Runde das letzte auf dem hiesigen Platze und verdient einen der Bedeutung dieser Meisterspiele entsprechenden Massenbesuch, der besser als alles andere geeignet ist, der Mannschaft den Rücken zu stärken und ihren Siegeswillen zu festigen.

Beginn 3 Uhr. Die Eintrittspreise sind ganz niedrig gehalten, um jedermann den Besuch dieses hochwertigen und aller Voraussicht nach äußerst spannenden Treffens zu ermöglichen.

Arbeitersport

Zum fälligen Verbandsspiel empfängt der „Vorwärts" am Sonntag die „Freien Turner Mörsch". Gegen Mörsch, das bisher ungeschlagen die Tabelle anführt, wird Ettlingen alles hergeben müssen, um ehrenvoll zu bestehen, dieses ist aber nur möglich durch äußersten Einsatz eines jeden Spielers. Nimmt sich dies ein jeder Spieler zu Herzen, so dürfte es Mörsch nicht leicht gelingen, die Punkte mit nach Hause zu nehmen. Unter diesen Umständen verspricht das Spiel äußerst interessant zu werden und ist der Besuch desselben jedem Fußballfreund zu empfehlen. Spielbeginn 1 bez. 2.30 U.

Abends von 5 Uhr ab findet im Gasthaus zur „Blume" der jedes Jahre übliche närrische Kappenabend der Vorwärtsler verbunden mit Tanz statt, wobei eine erstklassige Jazzkapelle zum Tanze aufspielt. Um es jedem zu ermöglichen, recht närrisch zu sein, hat die Vereinsleitung das Tanzgeld äußerst nider gehalten, so daß ein jeder einige vergnügte Stunden für wenig Geld erleben kann. Deshalb auf zum Kappenabend der Vorwärtsler am Sonntagabend. Näheres durch Inserat am Freitag.

Wetterbericht

Aussichten für Freitag: Bei Luftzufuhr aus Nord bis Ost Fortdauer der kalten Witterung mit vereinzelten Schneefällen.

Todes-Anzeige

Unser so freudig erwartetes Söhnchen

Dieter

ist nach 3täg. schmerzhaften Dasein wieder von uns gegangen.

Ettlingen, den 22. Februar 1933
Zehntwiesenstr. 9

Ludwig Wittlich und Frau Paula
geb. Mehren.

Beerdigung: Freitag nachmitt. 3 Uhr.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben, unvergeßlichen

Werner

sprechen wir unseren innigsten Dank aus. Den barmherzigen Schwestern, sowie dem hochw. Herrn Kaplan Stoffel sagen wir für die liebevolle Aufopferung und für die tröstenden Worte am Krankenlager ein herzliches „Vergelt's Gott!"

Ferner danken wir der verehrlichen Direktion der Spinn- und Weberei, der Fabrikfeuerwehr, seinen Arbeitskollegen, sowie seinen Schulkameraden für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen. Für die zahlreiche Leichenbegleitung und für die vielen, schönen Kranzspenden ein herzliches „Vergelt's Gott!"

Ettlingen (Spinnerei),
23. Februar 1933.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Lina Engel, Wwe.

Frische Süßbücklinge Pfund 20 Pfg.
Schöne Rosinen Pfund 25 Pfg.
Heidelbeeren, gedörrt, Pfund 70 Pfg.
3 Pakete Zwieback nur 25 Pfg.
3 Pfund Orangen, süß, 50 Pfg.
5 Pfund Hühnerfutter 60 Pfg.
5 Pfund Haferflocken 75 Pfg.
5 Pfund Roggen- oder Weizenbrotmehl 75 Pfg.
5 Pfund fst. Auszugsmehl 1.- Mk.
1 Pfund frische Butter nur 1.- Mk.
Ia Malaga Fl. 1.-Mk., **Weinbrand** 1.70 Mk.

Fritz Klee, Marktstraße 5

Freiwillige Versteigerung.

Freitag, den 24. Februar kommt mittags 2 Uhr, Wilhelmstr. 15, 1 Speiseschrank, 1 großer Posten Küchengeschirr und Weißzeug öffentlich gegen bar zur Versteigerung.

Jäger, öffentl. Schätzer.

Ingenieur-Schule Weimar
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Flugzeugbau / Fliegerschule / Papiertechnik
Eigene Lehrwerkstätten
Prospekt anfordern

Amtliche Berliner Devisen-Kurse
vom 22. Februar 1933

	Geldkurs	Briefkurs	für
	Reichsmark:		
Amsterdam	170.23	170.57	100 Gulden
Athen	2.348	2.354	100 Drachm
Brüssel	58.94	59.06	100 Belga
Bukarest	2.488	2.494	100 Lei
Canada	3.506	3.514	1 can. Dollar
Danzig	82.27	82.43	100 Gulden
Italien	21.51	21.55	100 Lire
Japan	0.859	0.861	1 Yen
Kopenhagen	64.14	64.26	100 Kronen
Lissabon	13.09	13.11	100 Escudo
London	14.39	14.43	1 Pfd. Sterl.
New-York	4.209	4.217	1 Dollar
Paris	16.60	16.64	100 Franken
Prag	12.465	12.485	100 Kronen
Schweiz	81.92	8[illegible].08	100 Franken
Sofia	3.057	3.06	100 Leva
Spanien	34.77	34.83	100 Peseten
Stockholm	76.22	76.38	100 Kronen
Wien	48.45	48.55	100 Schill.

Sonntag, den 25. Februar
abends 7.59 Uhr

Maskenball

im Sonnensaal. 2 Kapellen.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder freundl. ein. Gäste willkommen. **Vorverkauf:** Für Nichtmitglieder ab Dienstag bei Zigarrengeschäft Finsterle und Dietz. Für Mitglieder Donnerstag und Freitag ab 7 Uhr im Lokal.

Eintrittspreise für Mitglieder RM. -.70
„ „ Nichtmitglieder RM. 1.-
einschl. Steuer. **Der Elferrat.**

Verkaufe
ab Freitag und Samstag
schönes
Mast-Kuhfleisch
1 Pfd. **40** Pfg.
bei 3 Pfd. **1.10** Mk.
Walter Pracht
Metzger
Seminarstrasse 12

Hypotheken u. Darlehen
an sichere Leute durch Internationales Institut. Gesuche an
„Credit International,
Straßburg, Bernerstr. 12

Zu kaufen gesucht:
Gut erhaltener
Kinderwagen
Zu erfragen im Kurier.

Vorderhaus
Ettlingen, Rheinstraße 78
mit Gas und Wasser ist auf 15. März zu 25 Mk.
zu vermieten.
Fl. Klein, Rheinstraße 78
(Hinterhaus)

Möbl. Zimmer
in schöner, sonniger Lage, auf 1. März, evtl. früher **zu vermieten.**
Busenbach, Haus Nr. 19
Simon Vogel,
Altratschreiber.

Eßt deutsches Obst!

• Liedertafel Ettlingen •
Samstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Erbprinzen"
Maskenball
Bauern- und Gesindeball
mit originellen Ueberraschungen.
Eintritt für Mitglieder 60 Pfg, für Nichtmitglieder 1 Mk. und Steuer.

Zur Erlangung von
Steuergutscheinen
müssen Anträge sowohl beim Finanzamt wie bei der Gemeindekasse gestellt werden.
Vordrucke solcher Anträge an beide Stellen haben wir vorrätig.
Buch- und Steindruckerei R. BARTH

Für den
Auto-Fernverkehr
haben wir
Frachtbriefe und
Ladelisten
einzeln und in Blocks vorrätig
Buch- u. Steindruckerei R. Barth

Millionen für die Junker! — Groschen für die Bauern!

Pfennige für die Arbeitslosen!

Ein ungeheurer Skandal ist im Haushaltsausschuß des Reichstags enthüllt worden. Es wurde dort festgestellt, daß unter dem Vorwand einer Hilfe für den Osten Millionen über Millionen an ostelbische Großgrundbesitzer verschleudert worden sind. Junker und Junkergenossen waren es, die jahrhundertelang in Preußen herrschten, die Bauern unterdrückten und die einst erräuberten Vorrechte zu ihrer persönlichen Bereicherung mißbrauchten. Das gleiche geschieht auch noch heute.

Und nun hört zu!

Im Haushaltsausschuß des Reichstags sind zahlreiche Einzelbeispiele für die Verschleuderung der Gelder aus der Osthilfe an ostelbische Großgrundbesitzer mitgeteilt worden. Aus der Fülle des Materials hier

die bemerkenswertesten Fälle:

Kammerherr von Oldenburg auf Januschau,
früherer deutschnationaler Abgeordneter, der während des Krieges drohte, seine Felder nicht zu bebauen, weil ihm die Preise nicht hoch genug waren, erhielt 621 000 RM. aus der Osthilfe, weil er zu seinem Großbesitz noch ein Gut in der Mark gekauft hatte.

Der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer, von Flemming,
gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bank für Industrieobligationen, läßt das Sicherungsverfahren durch diese Bank durchführen; die Gläubiger sollten keinen Pfennig erhalten. Trotzdem pumpte er weitere 100 000 RM., damit seine Verwandten sich ihr Gut sichern konnten.

Die beiden Grafen von Kayserling
im Kreise Striegau haben in zwei Jahren fast 700 000 RM. Schulden gemacht. Sie ziehen ihre Gläubiger hin und verhindern Zwangsversteigerungen. Ihr ansehnliches Vermögen befindet sich wohl in der Schweiz.

Herr von Quast in Radensleben
erhielt eine Umschuldungshypothek von 250 000 RM., ein Darlehen von 31 000 RM. und außerdem wurde eine Anleihe von der Ritterschaft abgelöst. Als der Leiter des Finanzamts Ruppin den Antrag auf Umschuldung weiterreichte, erklärte er, die Schulden des Antragstellers seien entstanden, weil er sein Vermögen verspielt, verhurt und versoffen habe. Trotzdem gab der Reichskommissar die Anweisung auf Umschuldung.

Auch Hermine von Hohenzollern,
die Frau Wilhelm II., ist dabei. Sie bemühte sich extra zu dem Leiter der zuständigen Landstelle, um die Entschuldung der mit ihr verwandten Prinzessin Margarete und des Prinzen Hans Georg von Schönaich-Carolath zu erreichen. Die Familie Hohenzollern hat mehrere hundert Millionen RM. vom deutschen Volke als Abfindung erhalten. Sie reichen aber anscheinend noch immer nicht aus, das Reich soll noch mehr für die Verwandtschaft zahlen.

Und so geht es immer weiter. Viele vornehme Herren sind in den Verhandlungen des Ausschusses namentlich aufgeführt worden. Die „Blüte der Nation" befindet sich darunter. Hier eine kleine

Auswahl aus der Liste der „Entschuldeten":

Graf von Sauerma-Hoym-Dyhrenfurth.
Prinz Ullrich von Schönberg-Waldenburg.
Graf Fr. W. von Pückler, Gut Freyhahn.
Graf Dohna-Willkuhnen, Kreis Königsberg.
Graf von Kanitz.
Hauptmann a. D. Kortüm.
Rittergutsbesitzer Douglas auf Zerbow.
Landstellenleiter Frhr. von Wolf-Stettin.
Von Schönermark-Harnekopp.
Generalmajor a. D. von Weiß.
Rittergutsbesitzer Willi Kröck auf Tiefenkamm, Kreis Wehlau
Ehrenlandesältester Hellmich-Pranast.
Frau Major von Metschke, Kallande.
Herr von Plewe, Dwarischlehnen-Pillkallen.
Anton von Hochberg-Buchwald.
General Hell, Groß-Grieben bei Osterode.
Graf von Kalckstein, Arnsberg.

Bauern und Arbeiter, in eins nun die Hände!

Die Arbeiter, die „Marxisten" sind nicht die Feinde der Landwirte. Sie reichen euch die Hand, damit das werktätige Volk in Stadt und Land gemeinsam dem Schmarotzertum der Großen ein Ende machen kann.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Haushaltsausschuß des Reichstags den Osthilfe-Skandal vor allen Dingen deshalb aufgedeckt, um den kleinen Landwirten zu zeigen, wo ihre wirklichen Feinde sitzen. Es sind die Junker und ihre Freunde!

Verantwortlich: Walter Düsedau, Mannheim R 3, 15b; Druck: Verlagsdruckerei Volksfreund, G. m. b. H., Karlsruhe

Heraus zur entscheidenden Wahlschlacht!

Freiheitsfront gegen Harzburger Front!

Deutsches Volk, Frauen und Männer!

Die Parteien der Harzburger Front, Deutschnationale und Nationalsozialisten, haben die Regierung übernommen, den Reichstag aufgelöst und abermals Wahlen ausgeschrieben. Sie wollen noch einmal um die Mehrheit kämpfen, die ihnen das Volk in fünf Wahlgängen des letzten Jahres verweigert hat.

Ihre Regierung, die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg, hat einen Wahlaufruf erlassen, der keinen einzigen klaren Gedanken enthält, aber von Verunglimpfungen aller politisch Andersdenkenden geradezu strotzt.

Im Gedenken an Hunderttausende von Sozialdemokraten, die auf den Schlachtfeldern geblieben sind, im Namen von Millionen deutscher Arbeiterfrauen, die Namenloses erduldet und geopfert haben, protestieren wir gegen den ungeheuerlichen Versuch einer Minderheit, sich selber alle nationalen Tugenden und Verdienste zuzuschreiben, die Mehrheit aber als verdächtig und minderwertig außerhalb der Nation zu stellen.

Worte sind kein Beweis nationaler Gesinnung. Nur zu oft verbirgt sich hinter ihnen ein übler Geschäftspatriotismus, der von Ehre und Sicherheit der Nation spricht, während er den eigenen Vorteil meint.

Denkt an die Osthilfe!

Mit der Begründung, es sei notwendig, den deutschen Osten vor polnischer Bedrohung zu schützen, hat man aus Mitteln des darbenden Volkes einen Osthilfefonds geschaffen. Was ist aus ihm geworden? Nicht eine Hilfe für die Bauern, nicht eine Förderung der Siedlung, sondern eine Unterstützungsaktion für Großgrundbesitzer, die Millionen erhielten und verschwendeten.

Kaum hatte der Reichstag die Untersuchung dieser Mißstände begonnen, wurde er aufgelöst und damit der Vorhang zugezogen.

Noch vor wenigen Wochen herrschte zwischen den Harzburger Parteien grimmige Fehde. Blutige Ueberfälle von SA.-Leuten auf Stahlhelmer und Deutschnationale waren an der Tagesordnung. Jetzt hat sie ein gemeinsamer Haß wieder geeint, der Haß gegen die deutsche Arbeiterbewegung.

Wer steht in der Harzburger Front?

Seht euch die Herrschaften doch einmal an!

In der Harzburger Front stehen Mitglieder der abgesetzten Dynastien, Grafen, Barone und Generale, die den Krieg verloren und die jetzt durch die infame Lüge vom Dolchstoß die Schuld auf das Volk abwälzen wollen. In der Harzburger Front stehen die großen Arbeitgeber-Vereinigungen, die Scharfmacher-Verbände, die Kampforganisationen des Großkapitals. In der Harzburger Front stehen die Empfänger der Industrie-Subventionen, der Steuergutscheingeschenke und die Nutznießer der Osthilfe.

Arme Bauern und gewerbliche Mittelständler, die ihr euch zu dieser Front gesellt, Narren wäret ihr, wolltet ihr von jenen Herrschaften Hilfe in eurer Not erwarten.

Wißt ihr nicht, wie der Vollstreckungsschutz im Osten zu einem Mittel gemacht wurde, mit dem gerade die Kleinen von den Großen schamlos um ihren sauren Verdienst geprellt werden? Wißt ihr nicht, daß die Sozialdemokratie es ist, die sich der Geprellten annimmt, die den Handwerkern und Landarbeitern zu ihren vollen Rechten verhelfen will?

Bauern, wißt ihr nicht, daß Arbeiternot Bauerntod bedeutet? Daß der Scharfmacherkurs der Großunternehmer, indem er die Arbeiterlöhne drückt, auch den Markt für den Bauern immer weiter zerstört?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der neue Reichskanzler ist Führer einer Partei, die sich heute noch Arbeiterpartei und sozialistisch nennt. Seine Regierung ist aber

eine Kapitalistenregierung,

wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.

Der deutschnationale Führer Hugenberg, der schärfste Gegner der Gewerkschaften, der Sozialpolitik und Sozialversicherung, ist Wirtschaftsdiktator in dieser Regierung.

Herr v. Papen, der seine Regierung mit den Worten antratt

der Staat dürfe keine Wohlfahrtsanstalt sein, Herr v. Papen, der die Renten der Witwen, Waisen, Kriegsbeschädigten und Invaliden, die Unterstützungen der Arbeitslosen gesenkt hat, Herr v. Papen, der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu 25 Prozent gestattet hat — dieser Herr v. Papen, der es so weit trieb, daß ihn ein allgemeiner Volkssturm hinwegfegte — er sitzt wieder in der Regierung als Vizekanzler neben Hitler.

Wen wundert es, daß diese Regierung ihre ganze Kraft daran wendet, ihre Vorgänger herabzusetzen,

daß sie aber mit keinem Wort verrät, wie sie es besser machen will,

und daß sie die Arbeiter und Bauern, die nach schleuniger Hilfe schreien, wie die Bolschewisten mit einem Vierjahresplan vertröstet.

Wo bleibt die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geforderte Arbeitsbeschaffung? Wo bleibt die 40-Stunden-Woche?

Die Regierungsparteien sagen, sie wollten das „November-Verbrechen" wieder gutmachen. Was meinen sie damit?

Es gibt kein Novemberverbrechen,

durch das der Krieg verloren ging. Der Krieg war trotz aller heldenmütigen Aufopferung des Volkes schon verloren, als im Oktober 1918 Hindenburg und Ludendorff um Waffenstillstand ersuchten.

Es gibt kein November-Verbrechen, das Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland verschuldet hat. Arbeitslosigkeit in ungeheurem Ausmaß gibt es als Folge des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt, vom antimarxistischen Amerika bis zum faschistischen Italien.

Und doch gibt es ein November-Verbrechen, das die Harzburger Parteien der Sozialdemokratie nie verzeihen werden.

Daß wir die unfähigen Dynastien davonjagten, die Vorrechte des Adels, das Geldsackwahlrecht in Preußen, die Gesindeordnungen im Osten beseitigten, das war unser November-Verbrechen!

Daß wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen gleiche Rechte gaben, das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde einführten, die Sozialversicherung verbesserten, die Arbeitslosenversicherung durchsetzten, den Arbeitslohn tariflich gegen Unternehmerdruck sicherten, daß wir den Beamten das Koalitionsrecht gaben, die Mieter gegen die Hausbesitzer schützten, daß wir den Achtstundentag proklamierten, Volksbühnen schufen, Arbeiterwohnsiedlungen errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spielplätzen — **das ist unser November-Verbrechen!**

Und das ist das November-Verbrechen, das wieder rückgängig gemacht werden soll! Dafür wollen sie die Mehrheit!

Gegen solche Pläne rufen wir euch zum Kampf.

Gebt den Feinden eurer Freiheit am 5. März die Antwort, die sie verdienen, damit ihnen ein für allemal die Lust vergeht, sich an euren Rechten zu vergreifen!

Freiheitsfront gegen Harzburger Front!

Wählt Liste 2

Greift an!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Antworten Sie, Herr Reichskanzler!

Es sind nur ein paar Fragen.

Die Verfassung der Deutschen Republik ist von Nationalsozialisten als „Fetzen Papier" bezeichnet worden; Sie aber haben **die Verfassung feierlich beschworen** und werden sich angelegentlichst befleißigen, sie getreulich zu befolgen. Wir harren Ihrer verfassungstreuen Taten, gestatten uns aber inzwischen einige Fragen:

Herr Reichskanzler,

Haben Sie nicht Ihren Anhängern versprochen, daß Sie in dem Augenblick der Machtübernahme das Parlament auflösen und nicht mehr wählen lassen werden? Sind Sie schon nach so kurzer Regierungstätigkeit von der Unmöglichkeit der Durchführung Ihres Agitationsprogramms überzeugt worden?

Herr Reichskanzler,

ein Jahrzehnt haben Sie dem Volke versprochen, alsbald nach der Machtübernahme die Belange des deutschen Volkes gegenüber dem Auslande in energischer Form wahrzunehmen. Warum vertun Sie jetzt erst kostbare Zeit mit keineswegs notwendigen parlamentarischen Neuwahlen? Ihr Vierjahresplan in doppelter Auflage ist ein Plan ohne Inhalt. Darum fragen wir:

Dauert es vier oder acht Jahre, bis der Versailler Schandvertrag zerrissen wird?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis das Lausanner Milliardenabkommen Ihres Vizekanzlers von Papen vernichtet wird?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis die 26 Milliarden Auslandsschulden annulliert werden?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis die Kriegsschuldfrage aufgerollt wird?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis die Notverordnungen aufgehoben werden?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis die Zinsknechtschaft gebrochen wird?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis das raffende Kapital und die Banken enteignet werden?

Dauert es vier oder acht Jahre, bis die Löhne erhöht werden?

Die Massen, die von den Nationalsozialisten mit Versprechungen überschüttet wurden, erheben jetzt laut ihre fragende Stimme nach den elementarsten Notwendigkeiten.

Hitler regiert . . .

. . . und das Volk guckt in den Mond!

Herr Reichskanzler,

sollen die Massen

vier oder acht Jahre warten, bis die 6 Millionen Menschen, die seit der Regierung Hermann Müller aufs Pflaster gesetzt wurden, wieder Arbeit bekommen?

vier oder acht Jahre warten, bis die Sozialrenten, die Erwerbslosenunterstützungen und die Renten der Kriegsopfer erhöht werden?

vier oder acht Jahre warten, bis die Mieten gesenkt werden?

vier oder acht Jahre warten, bis die Gehälter der unteren Beamten aufgebessert werden?

vier oder acht Jahre warten, bis der Besitz mehr besteuert wird als unter Papen?

vier oder acht Jahre warten, bis die Inflationsopfer entschädigt werden, die durch eine volksfeindliche Aufwertungsgesetzgebung Ihrer jetzigen Verbündeten beraubt worden sind?

vier oder acht Jahre warten, bis der wirtschaftliche Aufschwung kommt?

Herr Reichskanzler,

als Parteiagitator haben Sie oft erklärt, wenn Sie regieren, dann würde aufgeräumt mit der „nationalen Schmach". Sie regieren jetzt, und so fragen wir:

Soll Deutschland

vier oder acht Jahre warten, bis der polnische Korridor, Danzig und Memel zurückgeholt sind?

vier oder acht Jahre warten, bis wir Ostoberschlesien und Eupen-Malmedy wiederbekommen haben?

vier oder acht Jahre warten, bis Deutschland koloniale Absatzgebiete bekommt?

Wann, Herr Reichskanzler, gehen alle diese und ähnliche Versprechungen, die Sie und Ihre Partei seit Jahren machten, in Erfüllung?

Wann kommt der Sozialismus?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg